

1.8. Folgen all dieser Problemlagen:

Artikel auf t-online: von D. Schafbuch, A. Leister, C. Kohrs, J. Mölleken, aktualisiert am 08.04.2023 um 12.46 Uhr

**„Warum Deutschland so lahmt: Die Bröckelrepublik
Vom Gesundheitswesen über die Bundeswehr bis zum Wohnungsbau: In vielen Bereichen kommt Deutschland nicht voran. Woran liegt das? Und wie könnte der Ausweg aus dem Schlamassel aussehen?“**

Deutschland geht es gut, könnte man meinen: Die Inflation ist etwas zurückgegangen und die Arbeitslosigkeit niedrig, die Wirtschaft hat sich nach der Corona-Krise und den hohen Energiepreisen wieder stabilisiert. Also alles super?

Die Wahrheit ist: Unter der Decke des vermeintlich guten Eindrucks sind die Probleme nicht weniger geworden. In vielen Bereichen ist der Reformbedarf seit Jahren riesig. Doch es passiert auf diesen Gebieten nichts – oder zu wenig. Was sind die Gründe dafür? Und wie könnte es besser laufen? Ein Streifzug durch die größten Baustellen der Bundesrepublik.

Gesundheitswesen

Im Gesundheitsbereich herrscht auf allen Ebenen Krisenstimmung: In den Apotheken sind Hunderte Medikamente knapp, vom Hustensaft bis zu Blutdrucksenkern gibt es Lieferschwierigkeiten. Pflegeheimen und Krankenhäusern läuft das Personal davon, allein in der Pflege fehlen 200.000 Vollzeitstellen. Ein Gros der Krankenhäuser schreibt tiefrote Zahlen, zahlreichen Häusern droht die Insolvenz oder gar die Schließung. Auch die Krankenkassen warnen vor einem Milliardenminus in zweistelliger Höhe für 2024. Fachverbände schlagen seit Monaten Alarm: Die Gesundheitsversorgung in Deutschland stehe auf dem Spiel, sie leide schon jetzt enorm.

Die Herausforderungen für Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) sind also riesig. An kleinen Stellschrauben zu drehen, wird nicht helfen, allzu oft sind die Probleme strukturell bedingt. Experten fordern grundlegende Reformen, also den ganz großen Wurf. Gleich mehrere Gesetzentwürfe hat Lauterbach angeschoben, darunter ein Lieferengpass-Gesetz sowie die größte Krankenhausreform seit Jahrzehnten. Bisher aber ist die Kritik an den Vorhaben groß: Zu

wenig, zu mutlos, zu kopflos, heißt es oft. Reförmchen statt Revolution. Diese, warnen Experten, könnten Deutschland zwar eine Atempause verschaffen, die langfristige Rettung seien sie nicht.

Bundeswehr

Boris Pistorius fällt jüngst ein vernichtendes Urteil. "Wir haben keine Streitkräfte, die verteidigungsfähig sind", sagte der Verteidigungsminister Anfang März in einer SPD-Fraktionssitzung. Vergangene Woche legte er in der "Welt am Sonntag" nach: Klar sei schon jetzt, dass die Mängel in der Truppe bis 2030 nicht vollständig zu beheben seien.

Dabei bezog Pistorius sich lediglich auf Mängel der Ausrüstung – und damit nur auf eine Baustelle der Truppe: Angeblich wären die deutschen Munitionsvorräte im Ernstfall schon nach wenigen Tagen aufgebraucht. Doch die Probleme gehen tiefer: Es ist ein Zusammenspiel aus schlechter Ausstattung gepaart mit einem aufgeblähten Personalapparat und ausgedünnten Finanzen.

An der Personalfront räumt Pistorius bereits auf: Der Generalinspekteur, eine Staatssekretärin und die Leitung des viel kritisierten Beschaffungsamtes wurden ausgetauscht – und das ist vermutlich erst der Anfang. Finanziell forderte der Minister zuletzt eine Erhöhung des Wehretats um zehn Milliarden Euro pro Jahr. Doch dass es mit mehr Geld allein nicht getan ist, zeigt das 100-Milliarden-Sondervermögen: Der Topf wurde bisher kaum angerührt, während die Inflation ihn ganz von allein schmelzen lässt.

Bildung

In der Bildungspolitik könnten die Bundesländer selbst Tempo machen: Die Hoheit über diesen Bereich liegt bei ihnen. Doch stattdessen geht es kaum vorwärts. Bereits vor Jahren wurde von der Bundesregierung der "Digitalpakt" aufgelegt – die Länder konnten hohe Fördermittel beantragen. Finanziert werden sollten damit unter anderem iPads für Schüler. Doch nur ein Bruchteil der Mittel floss ab. Ein weiteres Problem: In Deutschland entscheidet häufig noch immer das Elternhaus, ob Kinder später studieren: Weniger als 20 Prozent der Schulabgänger mit Eltern ohne Abitur schaffen es an eine Hochschule.

Digitalisierung

Die Digitalisierung läuft in Deutschland nicht gerade im Gigabit-tempo. Im europäischen Vergleich landete Deutschland hinsichtlich

der Digitalisierung von Gesellschaft und Wirtschaft im vergangenen Jahr nur auf Platz 13.

Das liegt auch an der Netzinfrastruktur, etwa den wichtigen Glasfaseranschlüssen für zukunftsfähiges Internet: Mitte 2022 lag Deutschland hier im OECD-Vergleich auf Platz 35. Nur in Österreich, Belgien und Griechenland waren Glasfaseranschlüsse noch seltener. Auch bei der seit Jahren versprochenen elektronischen Patientenakte kommt Deutschland nicht voran. Ende 2024 soll sie flächendeckend eingeführt sein – bis dahin wird fröhlich weiter gefaxt.

Als peinliche Fehlzündung erwies sich auch der digitale Führerschein. Der wurde 2021 eingeführt und gleich wieder kassiert, weil die App unsicher umgesetzt war. Ersatz gibt es bis heute nicht.

Den Führerschein sollte man übrigens bis Ende 2022 bequem digital beantragen können – genauso wie knapp 600 weitere Verwaltungsdienstleistungen, die die Bürgerämter bis dahin laut Onlinezugangsgesetz (OZG) in digitaler Form hätten anbieten müssen. Stand heute sind flächendeckend nur 122 Leistungen verfügbar. Folgen für den Fall, dass das Ziel verfehlt wird, sah das Gesetz nicht vor. Jetzt will man es besser machen. Immerhin.

Wohnungsbau

Von einem "Aufbruch" beim Wohnungsbau schrieben die Ampelparteien noch in ihrem Koalitionsvertrag. 400.000 neue Wohnungen pro Jahr sollten entstehen, davon 100.000 sozial gefördert. Es kam anders. 2022 verfehlte die Bundesregierung das Ziel deutlich, in diesem Jahr könnte es noch schlimmer kommen: Wegen der hohen Zinsen und der Inflation kommt die Bautätigkeit immer mehr zum Erliegen.

Dabei ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum seit Jahren eines der drängendsten Probleme, vor allem für die Bewohner größerer Städte. Laut dem Pestel-Institut fehlen insgesamt 700.000 Wohnungen. So groß war die Wohnungsnot seit 30 Jahren nicht mehr.

Besonders dramatisch ist die Lage bei den Sozialwohnungen: Es werden jedes Jahr weniger. Zwar werden jährlich einige Tausend gebaut, zuletzt waren es knapp 20.000. Doch haben Sozialwohnungen ein Ablaufdatum. Nach einem gewissen Zeitraum, oft sind es 30 Jahre, fallen sie aus der sogenannten Bindung – und werden dann auf dem Mietmarkt angeboten.

Fast eine Million Sozialwohnungen weniger

Und wo verläuft der Weg raus aus der Misere? Die Bau- und Wohnungswirtschaft fordern deutlich mehr staatliche Förderungen und für den sozialen Wohnungsbau. Mieterverbände wünschen sich Mietobergrenzen und eine stärkere Präsenz der öffentlichen Hand auf dem Wohnungsmarkt, damit diese preisgestaltender eingreifen kann.“

Sendung Markus Lanz vom 13.11.2025:

Gäste:

- Prof. Dr. Andreas Peichel, Ökonom vom ,ifo-Institut‘, LMU München
- Julia Löhr, Journalistin der FAZ
- Prof. Dr. Moritz Schularick, Ökonom, Präsident des Klier Instituts für Weltwirtschaft
- Harald Jähner, Autor, Experte für deutsche Nachkriegsgeschichte
- Rüdiger Bachmann, Ökonom, lehrender VWL-Professor in den USA

Ein großes Problem Deutschlands wurde von allen Gästen sowie dem Moderator selbst angesprochen: die demographische Entwicklung, sprich die Alterung unserer Gesellschaft. Dadurch verschärfen sich unter anderem folgende Probleme: Arbeitskräftemangel, mehr Rentner und weniger Beitragszahler sowie darüber hinaus auch das Faktum, dass die große Wählergruppe der Alten maßgeblich die Politik bestimmt. Zudem sind ältere Menschen oftmals nicht so offen für notwendige Veränderungen. Außerdem nehmen die Kosten für Gesundheit und Pflege dramatisch zu.

Ein weiteres Problemfeld, das in der Sendung besprochen worden ist, ist die überbordende und damit die Wirtschaft wie die Forschung lähmende Bürokratie, welche zudem noch viel kostet und die immer knapper werdenden Arbeitskräfte für eben jene Bürokratie benötigt werden, anstatt sie an anderer Stelle viel gewinnbringender für unser Land zu nutzen. Dies alles und noch einiges mehr führt zu gravierenden Problemen, welche heute schon unübersehbar sind und zukünftig noch viel schlimmer zu werden drohen.

Eindrucksvoll berichtet Prof. Peichel vom ifo-Institut vom Beispiel deutscher Sozialleistungen und deren geradezu aberwitzige bürokratische Organisation:

Es geht um eine Untersuchung des ifo Institutes zur Anzahl der Sozialleistungen in Deutschland nur auf Bundesebene: die veröffentlichte Datenbank enthält zunächst 502. Dann wurde die Dantebank veröffentlicht: Jeder kann sich das anschauen und dann noch weitere, bisher dort nicht aufgeführte Leitungen ergänzen: Ergebnis: mittlerweile über sind 20 dazugekommen Neben bundesrechtlich gewährten Leitungen gibt es noch zusätzlich zahlreiche in den jeweiligen Bundesländern und auf kommunaler Ebene

Seit Beginn der BRD sind aufgrund des wachsenden Wohlstands immer mehr Leitungen dazugekommen, aber es wurden nie alte gestrichen oder reduziert.

Weiteres Problem ist die Komplexität all der verschiedenen Leistungen, sowie deren jeweilige Gewährungsgrundlagen, vieles ist daher nicht aufeinander abgestimmt. Das macht alles so kompliziert, dass es selbst für Wissenschaftler schwer durchschaubar ist.

Beispiel sind die Grundsicherungssysteme Bürgergeld, nun neue Grundsicherung, Sozialhilfe, Wohngeld und Kindergeld:

Nachfolgend zitiere ich aus dem Wortbeitrag von Prof. Peichel:

„Wir haben zum Beispiel schon mal zwei verschiedene, parallele Grundsicherungssysteme. Also wir haben das, was bisher noch Bürgergeld heißt, jetzt was neue Grundsicherung heißen soll für Menschen, für Menschen, die erwerbsfähig sind. Für andere Menschen, die erwerbsfähig sind, die erwerbsfähig sind, gibt es aber gibt es aber auch das Wohngeld und den Kinderzuschlag. Das sind zwei Regelungen, die es parallel gibt. Für Menschen, die nicht mehr arbeiten, gibt es Wohngeld und potentiell Kinderzuschlag noch oder aber die Sozialhilfe. Und man hat zwei verschiedene Regelungen, mit komplett anderen Regeln, zum Beispiel wenn man jetzt was hinzuverdient beim Bürgergeld, wenn Sie anfangen zu arbeiten und hinzuverdienen, wird das mit dem Bürgergeld verrechnet. Dann kriegt man etwas weniger Bürgergeld, behält aber das Geld, was man hinzuverdient davon etwas. Beim Wohngeld ist das auch so. Aber was Einkommen ist, was verrechnet wird, ist eine andere Definition im Bürgergeld als im Wohngeld. Beim Wohngeld wiederum kann man

parallel den Kinderzuschlag bekommen, den gibt es parallel zum Wohngeld. Die Regelungen vom Kinderzuschlag sind aber mit dem Bürgergeld harmonisiert, nicht mit dem Wohngeld, was es parallel gibt. Das kann dazu führen, dass, wenn ein Paar in München 3.000 Euro brutto verdient oder 5.000 Euro brutto, netto kommt genau das Gleiche raus, wenn beide 50 zu 50 die Arbeitszeit aufteilen. Wenn der Mann etwas mehr arbeitet, was typischerweise der Fall ist: zwei Drittel ein Drittel, hat man sogar netto weniger, wenn man 2.000 Euro brutto mehr bekommt, weil mehr entzogen wird, was man hinzuverdient.“ Fazit: „Arbeit lohnt sich überhaupt nicht in dem Bereich!“ Direkt im Anschluss daran spricht kurz die FAZ Journalistin Frau Löhr:

„Um den Irrsinn noch mal etwas größer zu machen: Es gibt ein Gremium in der Bundesregierung, das über die Bürokratie wacht: das ist der Normenkontrollrat. Der hat vor einiger Zeit mal in einem Gutachten festgestellt, dass jemand, der alleinziehend ist und einen pflegebedürftigen Elternteil hat, der hat Anspruch auf 12 Sozialleistungen, die von 8 verschiedenen Ämtern kommen, denen 4 verschiedene Einkommensbegriffe zugrunde gelegt werden, also der viermal quasi das Einkommen anders berechnet. Und das ist, wie Herr Peichel sagt, das liegt halt daran, dass es wird immer nur was obendrauf aufgesetzt. Es wird aber nie was weggestrichen, zusammengeführt, weil natürlich auch immer jemand aufschreit, wenn was weggenommen wird. Es ist natürlich auch: Wir sind eine sehr wohlhabende Gesellschaft. Und das hat dazu geführt, dass sich viele an Leistungen gewöhnt haben, die zu streichen dann sofort einen Aufschrei auslösen. Und es sind immer irgendwo Wahlen im Land. Und Politiker sind da halt inzwischen sehr, sehr vorsichtig.“

Im Anschluss Bachmann daran ergänzt Prof. Bachmann, dessen Ausführungen ich hier auszugsweise zitiere:

„Das Stichwort ist doch Einzelfallgerechtigkeit: Es ist der Versuch, jede spezielle Lebenssituation genau zu regeln. Das ist Teil der Überforderung des Staates.

Wichtig: Eine große Sozialstaatsreform, die gar nicht an der Seriosität ansetzen muss, sondern die einzelnen Maßnahmen so aufeinander abstimmt, dass Arbeitsanreize erhalten bleiben.

Der Wunsch nach Einzelfallgerechtigkeit ist einfach fatal!“

Nachfolgend fasse ich daran anschließende Äußerungen von Prof. Peichel sowie Prof. Schularick mit eigenen Worten zusammen:

Prof. Peichel:

Juristen sind bestimmend bei der Formulierung der Sozialgesetze. Juristen sind von Natur aus risikoavers, weil sie vermeiden wollen, dass jemand gegen Gesetze oder Vorschriften erfolgreich klagen könnte. Folge: Ein Bürgergeldbescheid kann manchmal durchaus über 200 Seiten lang sein.

Prof. Schularick:

Und das kostet auch viel, viele Leute sind damit beschäftigt, die anderswo besser gebraucht würden.

Prof. Peichel:

Leute in den Jobcentern, die Menschen in Arbeit vermitteln sollen, verbringen etwa 60 bis 70% ihrer Arbeitszeit mit Verwaltungsaufgaben, anstatt Menschen in Arbeit zu vermitteln.

Wir bräuchten viel mehr Ingenieure bei der Gesetzgebung, um etwas zu schaffen und nicht zu verhindern.

Nun folgt wieder ein wörtliches Zitat von Prof. Peichel:

„Wenn wir ein Gutachten machen für ein Ministerium, wo es darum geht um diese Interaktion dieser verschiedenen Sozialleistungen; Wir verbringen die Hälfte der Zeit damit, den Menschen in den Ministerien den Status Quo zu erklären: So ist das System heute. Ich war bei der Sozialstaatskommission, da hat sich auch wieder herausgestellt, dass manche Leute nicht wissen, wie das System funktioniert. Und das macht es natürlich so schwierig, Reformen des Gesamtsystems zu machen, wenn kaum jemand den Durchblick hat. ... Wir haben das Arbeits- und Sozialministerium für das Bürgergeld. Wir haben das Bauministerium für das Wohngeld, das Familienministerium für den Kinderzuschlag, und das Kindergeld wiederum ist beim Finanzministerium, was auch für die Steuern zuständig ist. Es gibt dann noch das Wirtschaftsministerium und das Kanzleramt und dann natürlich noch das Innenministerium und das Justizministerium, die da mitspielen. Und das heißt, man hat schon mal acht verschiedenen Behörden. Und auch die ganz verschiedenen Leistungen werden von unterschiedlichen kommunalen Behörden dann verwaltet.“

Weitere Probleme in Deutschland, welche in dieser Sendung zur Sprache kamen:

- Steuerzuschuss zu Rentenversicherung beträgt heute 2025 ungefähr jährlich 115 Milliarden. Dieser Zuschuss wird in den nächsten fünf bis zehn Jahren bei Beibehaltung des jetzigen Systems auf 200 bis 300 Milliarden anwachsen.
- 4 Milliarden jährlich kostet uns die geplante Mehrwertsteuersenkung für die Gastronomie: Das entspricht 2 Jahresbudgets unserer Max-Planck-Gesellschaft!!
- Bürokratie: Beispiel: viel zu viele Dokumentationspflichten
- Zu hohe Steuern zu wenig Abschreibungsmöglichkeiten für hoch innovative Unternehmen
- Zu hohe und zukünftig noch wachsende Sozialabgaben (s.o.)
- Arbeitskräftemangel selbst für einfache Tätigkeiten, vor allem auch aufgrund des demographischen Wandels (s.o.)
- Zu hohe Energiepreise: Anstatt die geplante Senkung der Strompreise für alle machen wir die Mütterrente, die ungefähr genauso viel kostet wie die Stromsteuersenkung für alle: Falsche Prioritätensetzung
- Sorge um deutsche Autoindustrie: China als Konkurrent: Batterien sind bei modernen Elektroautos ein Riesenteil der Wertschöpfung. Technologisch haben wir gegenüber China den Anschluss verloren. Die Autoindustrie wird nicht der Wachstumsmotor von morgen sein. Wir verwalten hier bestenfalls den Status Quo.
- Wirtschaftsverbände waren entsetzt darüber, dass die Stromsteuer nicht für alle gesenkt worden ist und gleichzeitig stattdessen die Ausweitung der Mütterrente beschlossen worden ist. Auch psychologisch hat das tiefe Spuren hinterlassen. Man hat Klientelpolitik gemacht, anstatt die Rahmenbedingungen für alle zu verbessern. Schuld vor allem bei Markus Söder.
- Bei uns Industriepolitik darauf fokussiert, altes zu bewahren. Wir müssen stärker dazu hin, neues zu ermöglichen.

Kurze Anmerkung von Hans-Dieter Bottke:

Diese Sendung sowie der erste Artikel bestätigen viele meiner eigenen Ausführungen zum Zustand Deutschlands. Daher will ich an hier nur kurz auf meine zahlreichen Beiträge dieser Internetseite verweisen.